

# metallnachrichten

» Eine Information für die Beschäftigten in Baden-Württemberg

www.bw.igm.de

Nr. 10 / 3. November 2010



**Reform?**  
Versicherte  
sollen zahlen  
Seite 2



**Rente ab 67**  
Regierung soll  
Blödsinn stoppen  
Seite 3



**Kundgebung**  
Am 13.11. in Stuttgart  
Flagge zeigen  
Seite 4

Die Gesundheitsreform von Minister Philipp Rösler setzt auf eine unsoziale Kopfpauschale

## Eine Reform die weh tut

Bisher war Gesundheit in Deutschland solidarisch organisiert. Das bedeutet: Gute Gesundheitsversorgung hängt nicht vom Geldbeutel ab. Was die Bundesregierung jetzt plant, heißt höhere Beiträge und weitere Leistungskürzungen für die Versicherten. Gesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) setzt mit seinem Entwurf auf eine unsoziale Zwei-Klassen-Medizin. Die IG Metall setzt auf das Modell einer solidarischen Bürgerversicherung. Dort sollen alle gemäß ihrer Leistungsfähigkeit einzahlen - auch Selbstständige, Beamte und Politiker.

Die Kosten im Gesundheitswesen steigen stärker als die Einkommen der Versicherten. Ein Hauptproblem: unsere Beiträge werden weder effektiv noch ef-

fizient für gute Gesundheit eingesetzt. Die Beiträge der Versicherten hängen vom Einkommen ab, egal wie krank oder gesund man ist. Die Hälfte des Beitrages

haben lange Zeit die Arbeitgeber gezahlt. So hatten auch sie ein Interesse daran, dass Kostensteigerungen etwa durch übertriebene Produkte der Pharmaindustrie gebremst werden. Von diesem Prinzip will sich die Bundesregierung endgültig verabschieden.

den Kosten für Arzneimittel munter weiter und freut sich über eine Umsatzrendite von 20 Prozent.

### Die Kopfpauschale ist unsozial

Statt wirksame Kostenbremsen gegen die Profitinteressen im Gesundheitssektor durchzusetzen, will Schwarz-Gelb alle künftigen Kostensteigerungen in Gestalt einer Kopfpauschale den Versicherten aufladen. Die Kopfpauschale ist unsozial. Sie belastet Versicherte mit niedrigem und mittleren Einkommen. Hohe Einkommen werden entlastet.

**Wir sagen: Gerechtigkeit geht anders, Frau Merkel und Herr Rösler. Statt Klientelpolitik fordern wir eine Bürgerversicherung.**

### Selbstbedienung der Gesundheitsbranche

Während also die Versicherten steigende Beiträge verkraften müssen, haben sich die Ärzte allein 2009 6,6 Prozent oder 2,7 Milliarden Euro mehr Einkommen genehmigt. Und auch die Krankenhäuser haben 3,5 Milliarden mehr erhalten. Doch damit ist die Selbstbedienung noch längst nicht am Ende: Die Pharmaindustrie schröpft die Patienten bei



KURSWECHSEL FÜR EIN  
GUTES LEBEN

Bezirk  
Baden-Württemberg

## Kopflös, hirnlos, herzlos: Weg mit der Kopfpauschale!

In Zukunft sollen Kostensteigerungen im Gesundheitswesen allein von den gesetzlich Versicherten gezahlt werden. Eine gute und gerechte Gesundheitsversorgung sieht anders aus!

**13.11. Schloßplatz Stuttgart** Gerecht geht anders Kurswechsel für Deutschland

IG Metall Baden-Württemberg  
**STRATEGIE  
ZUKUNFT**

### Abstimmungen, Aktionen & Kundgebungen

Überall im Land gab es in den letzten Wochen Aktionen gegen die Sparpolitik der Bundesregierung: Ulm, Reutlingen, Schwäbisch Hall, Bühl...



# Ein Geschenk an Ärzte und die Pharmaindustrie

**Zukunftsfähig, leistungsstark und bezahlbar wird das Gesundheitssystem mit der im September von Gesundheitsminister Rösler vorgelegten Reform nicht. Sie ist Klientelpolitik zugunsten hoher Einkommen und der Pharmabranche. Die Zeche zahlen die Versicherten.**

## Arbeitgeber zahlen nur 7 Prozent, Versicherte 7,9

Die paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung, auf der unser Gesundheitssystem aufgebaut war, ist längst ausgehöhlt. Derzeit zahlen die Arbeitgeber nur sieben Prozent, Beschäftigte 7,9 Prozent ihres Bruttoentgelts. Auch Rentnerinnen und Rentner sind mit 7,9 Prozent dabei. Dies gilt bis zu einem Einkommen von 3.750 Euro - der Beitragsbemessungsgrenze. Für Einkommen oberhalb dieser Grenze brauchen keine Beiträge gezahlt werden.

## Es drohen Finanzprobleme der Krankenkassen

Die Beiträge fließen in den Gesundheitsfonds, aus dem alle Krankenkassen finanziert werden. Kommt eine Kasse mit dem Geld aus dem Fonds nicht aus, kann sie von den Versicherten einen Zusatzbeitrag verlangen. In den kommenden Jahren drohen immer größere Finanzprobleme der Kassen. Bereits 2011

wird ein Defizit von 11 Milliarden Euro erwartet. Um dieses Loch zu stopfen, plant die Regierung Ausgabenkürzungen und eine Erhöhung des Beitragssatzes. Für Arbeitgeber und Versicherte soll der Kassenbeitrag um je 0,3 Prozent erhöht werden. Für die Versicherten bedeutet das zunächst mal eine Beitragshöhe von 8,2 Prozent. Für die Arbeitgeber 7,3 Prozent. Deren Beitrag wird allerdings - anders als der Beitrag der Versicherten - in dieser Höhe dauerhaft eingefroren. Weitere Kostensteigerungen sollen die Versicherten alleine schultern. Hierfür können die Kassen den Zusatzbeitrag (Kopfpauschale) erhöhen.

## Begrenzung für Zusatzbeitrag fällt

Diese Kopfpauschale soll künftig als einheitlicher Eurobetrag erhoben werden - unabhängig vom Einkommen. Die bisher geltende Begrenzung auf acht Euro oder höchstens ein Prozent des Einkommens entfällt. Erst wenn der durchschnittliche Zusatzbeitrag über zwei Prozent des Jahreseinkommens liegt, soll es für Versicherte mit geringem Einkommen einen Sozialausgleich geben.

## Schlechtere Leistungen für Versicherte

Während die Versicherten mehr für ihre Gesundheit zahlen

müssen, werden die Ausgaben im kommenden Jahr um 3,5 Milliarden gekürzt. Bringen sollen das Geld die Leistungsanbieter: Ärzte, Krankenhäuser und die Pharmaindustrie. Allerdings einmalig. Die Mehrbelastung für die Versicherten soll dagegen dauerhaft sein.

## Jetzt aktiv werden

Die Reform von Schwarz-Gelb verschärft die Ungerechtigkeiten im Gesundheitssystem und beschleunigt den Weg in die Zwei-Klassen-Medizin. Dem müssen wir uns entgegenstellen und jetzt gegen die Reform aktiv werden!

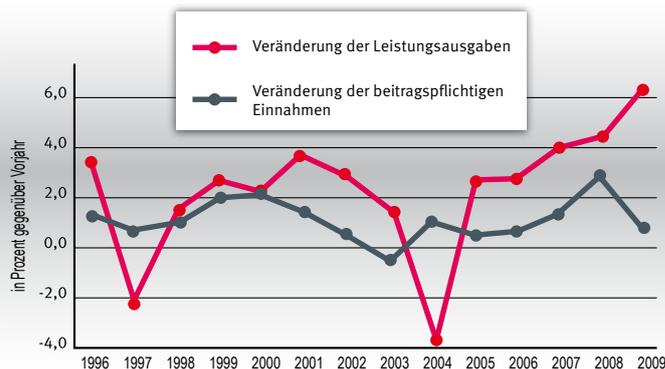
Zusatzbeitrag belastet niedrige Einkommen höher

Bruttoentgelt (t) €/Monat	29,97/36,90*	7	9	38,97/45,90*	8,7/10,2*
450	29,97/36,90*	7	9	38,97/45,90*	8,7/10,2*
600	45,24/49,20*	4	12	57,24/61,20*	9,5/10,2*
800	65,60	0	16	81,60	10,2
1.000	82,00	0	16	98,00	9,8
1.500	123,00	0	16	139,00	9,3
2.500	205,00	0	16	221,00	8,8
3.750	307,50	0	16	323,50	8,6
5.000	307,50	0	16	323,50	6,5
6.500	307,50	0	16	323,50	5,0
8.000	307,50	0	16	323,50	4,0

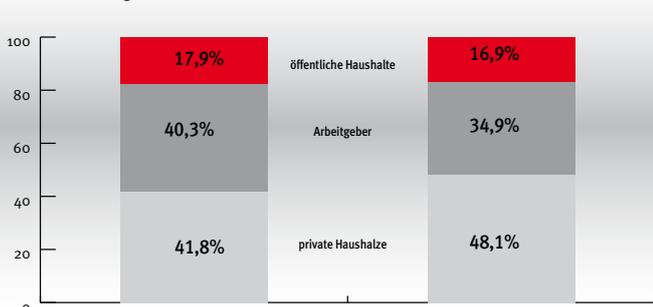
Die erste Zahl bezieht sich auf Arbeitnehmer mit Einkünften zw. 401 und 800 €, die zu einer Absenkung der Beitragsbasis führen („Gleitzoneentgelt“); die zweite Zahl bezieht sich auf sonstige Mitglieder, insbesondere Rentner. Quelle: WIdO

## Gesundheitswesen

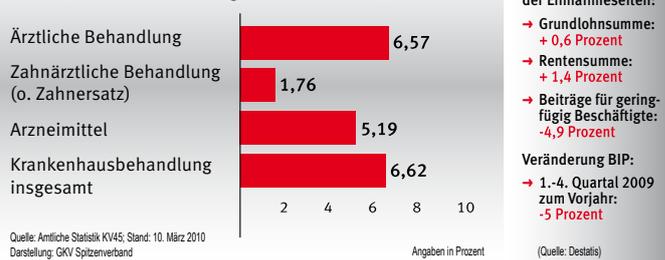
Mehr Ausgaben, weniger Einnahmen



Versicherte zahlen immer mehr Finanzierungsanteile am Gesundheitswesen



Veränderungsraten der Leistungsausgaben 1.-4. Quartal 2009 im Vergleich zum 1.-4. Quartal 2008



**Zum Vergleich:**  
Veränderungsraten der Einnahmeseiten:  
→ Grundlohnsumme: +0,6 Prozent  
→ Rentensumme: +1,4 Prozent  
→ Beiträge für geringfügig Beschäftigte: -4,9 Prozent  
**Veränderung BIP:**  
→ 1.-4. Quartal 2009 zum Vorjahr: -5 Prozent

Quelle: Amtliche Statistik KV45; Stand: 10. März 2010  
Darstellung: GKV Spitzenverband

Angaben in Prozent

(Quelle: Destatis)

Quelle: Robert-Koch-Institut 2009



## Jetzt stoppen: Rente ab 67

Erst mit 67 in Rente? Für viele kaum vorstellbar. Ein großer Teil der Beschäftigten hält nicht einmal bis zur heutigen Altersgrenze von 65 Jahren durch. Ursachen sind auch die Arbeitsbedingungen. Außerdem werden in vielen Betrieben schon heute keine über 50-Jährigen beschäftigt. Nur 40 Prozent der über 55-Jährigen sind noch erwerbstätig. Ältere sind besonders häufig von Arbeitslosigkeit betroffen. Trotzdem will die Regierung ab 2012 die Altersgrenze planmäßig bis 2029 auf 67 Jahre anheben.

Rente ab 67: Das heißt Rentenkürzung für alle, die früher in den Ruhestand gehen. Wer dann mit 65 Jahren geht, erhält 7,2 Prozent weniger Rente. Wer mit 63 geht, verliert 14,4 Prozent.

Zudem wurde die gesetzliche Rente durch die Einführung des "Nachhaltigkeitsfaktors" und des "Riester-Faktors" faktisch gekürzt. Auch die Rentenbeiträge für Langzeitarbeitslose wurden drastisch vermindert. Die schwarz-gelbe Koalition will sie jetzt ganz streichen.

Gleichzeitig finden immer mehr Menschen nur noch Teilzeit- oder Niedriglohnjobs. Entsprechend gering sind die Rentenbeiträge. Es droht eine neue Welle der Altersarmut.

Notwendig sind weder die Rentenkürzungen, noch die Rente ab 67. Alle Prognosen gehen davon aus, dass die Wirtschaftsleistung Deutschlands in den kommenden Jahrzehnten weiter wachsen wird.

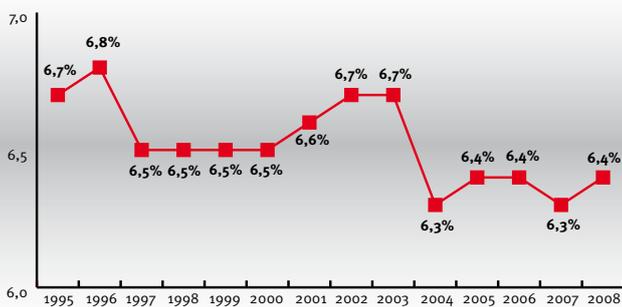
2010 muss die Regierung überprüfen, ob die Situation älterer Beschäftigter und der Arbeitsmarkt die Rente mit 67 vertretbar erscheinen lassen. Alle Argumente sprechen dagegen. **Für die IG Metall ist deshalb klar: Sie darf keinen Bestand haben.**

Das Gegenmodell: Die Bürgerversicherung

# Gesundheit darf keine Frage des Geldbeutels sein

### Keine Kostenexplosion bei der Gesundheit

Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung in Prozent des Bruttoinlandsproduktes



Quelle: Bundesministerium für Gesundheit

**Wir brauchen einen Kurswechsel in der Gesundheitspolitik. Die Kopfpauschale muss zu den Akten. Dafür fordern wir eine solidarisch finanzierte Bürgerversicherung.**

### Versicherte haben Anspruch auf optimale Leistung

Wer krank ist, muss gut versorgt werden. Darüber darf nicht der Geldbeutel entscheiden. Deshalb muss das Geld der Versicherten zielgenauer für die Versorgung bei Krankheit eingesetzt werden. Allen Versicherten muss weiterhin die medizinisch notwendige und optimal wirksamste Leistung gewährt werden - und zwar völ-

lig barrierefrei und unabhängig von Einkommen oder Status.

### Die Kassen stärken, nicht die Pharmaindustrie

Wir brauchen keinen Wettbewerb unter den Krankenkassen. Was wir brauchen ist eine wirksame Begrenzung des Kostenanstiegs. Die können wir erreichen, wenn z.B. die Verhandlungsmacht der Kassen gegenüber der Pharmaindustrie gestärkt wird.

### Die Bürgerversicherung

Deshalb brauchen wir eine Weiterentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung zu einer Versicherung für alle Bürgerinnen und Bürger. Bür-

gerversicherung bedeutet: Alle sind darin versichert und beteiligen sich an der Finanzierung - und zwar mit allen Arten von Einkommen, auch Vermögenseinkommen. Wer mehr Geld bekommt, soll und kann aufgrund seiner finanziellen Stärke auch mehr beitragen als Menschen mit geringerem Einkommen. Zuzahlungen dürfen nicht ausgeweitet, sondern müssen abgebaut werden.

### Arbeitgeber nicht aus der Verantwortung lassen

Solidarisch finanzierte Gesundheitsleistungen gewährleisten den gleichen Zugang zur notwendigen medizinischen Versorgung für alle Versicherten am besten. Deshalb dürfen die Arbeitgeber nicht aus der Finanz- und Kostenverantwortung entlassen werden. Steigen die Kosten, sollen sie daran beteiligt bleiben und den Krankenversicherungsbeitrag wieder zur Hälfte finanzieren. Das garantiert ein gemeinsames Interesse an einer bedarfsgerechten und bezahlbaren Versorgung.

**Dafür müssen wir jetzt gemeinsam streiten, damit der Irrweg ein Ende hat.**



**13.11.**  
**Schlossplatz**  
**Stuttgart**

**Kurswechsel für ein  
gutes Leben**

## Zeitplan für den 13. November:

- 10 - 11.30 Uhr** Ankunft der Busse und Sonderzüge  
*Treffpunkt Ankommende mit Sonderzügen und/ oder ÖPNV  
ab 10.30 Uhr in der Lautenschlagerstraße (Nähe Bahnhof).  
Ab 11.15 Uhr Kurzdemo zum Schlossplatz*
- 12 Uhr** Kundgebungsbeginn Schlossplatz Stuttgart  
Redner: **Berthold Huber**, IG Metall Vorsitzender,  
**Nikolaus Landgraf**, DGB Landesvorsitzender,  
sowie VertreterInnen von Kirchen, Elternvertre-  
tungen und Jugend.
- Moderation: **Stefan Siller**, SWR  
Rahmenprogramm: **Christoph Sonntag**
- 14 Uhr** Ende

## Beitrittserklärung

Gemeinsam stark.



Name		Vorname		Geburtsdatum		Geschlecht M/W	
<input type="text"/>		<input type="text"/>		<input type="text"/>		<input type="text"/>	
Land	PLZ	Wohnort		Telefon			
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>		<input type="text"/>			
Straße		Hausnummer		E-Mail			
<input type="text"/>		<input type="text"/>		<input type="text"/>			
beschäftigt bei		Tätigkeit/Beruf/Ausbildung/Studium		<input type="checkbox"/> Vollzeit		<input type="checkbox"/> Teilzeit	
<input type="text"/>		<input type="text"/>		<input type="text"/>		<input type="text"/>	
Bruttoeinkommen in Euro		Bankleitzahl		Bank/Zweigstelle		Konto-Nummer	
<input type="text"/>		<input type="text"/>		<input type="text"/>		<input type="text"/>	
Beitrag		Kontoinhaber/in/Fremdzahler/in		Eintritt ab			
<input type="text"/>		<input type="text"/>		<input type="text"/>			

Ich bestätige die Angaben zu meiner Person, die ich der IG Metall zum Zwecke der Datenerfassung im Zusammenhang mit meinem Beitritt zur Verfügung stelle. Ich bin darüber informiert, dass die IG Metall zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben und unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften personenbezogene Angaben über mich mit Hilfe von Computern verarbeitet. Eine Weitergabe der Daten zu Marketingzwecken findet nicht statt.

### Einzugsermächtigung:

Hiermit ermächtige ich widerruflich die IG Metall, den jeweils von mir nach § 5 der Satzung zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von 1% des monatlichen Bruttoverdienstes bei Fälligkeit zu Lasten meines angegebenen Girokontos einzuziehen.

Diese Einzugsermächtigung kann ich nur schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Quartalsende gegenüber der IG Metall widerrufen. Änderungen meiner Daten werde ich unverzüglich der IG Metall mitteilen.

Ort / Datum / Unterschrift

www.bw.igm.de